

BESCHLUSS

des Bundeskoordinationsausschusses am 19.09.2020 in Mainz



SCHULE DANACH

KONZEPT DER SCHÜLER UNION DEUTSCHLANDS ZUR BILDUNG NACH CORONA

1 I. Das Problem

2 2020 wird als das „Coronajahr“ in die Geschichte eingehen. Das steht bereits fest, sofern sich die
3 nächsten Jahre nicht zu einer ganzen Coronaära entwickeln. In jedem Fall ist die Diagnose klar:
4 Es muss sich etwas ändern. Einerseits muss unsere gesamte Gesellschaft samt Wirtschaft
5 pandemietauglich werden, weil wir uns regelmäßige Schwächungen dieser Art nicht leisten
6 können. Andererseits müssen die Fehler im bestehenden System für eine Nach-Coronazeit
7 behoben werden, denn genau jetzt werden eben diese am stärksten sichtbar. Das gilt mal wieder
8 besonders für das Bildungssystem. Niemand wird durch die aktuelle Krise so sehr geprägt sein,
9 wie die Kinder und Jugendlichen, die mit ihr groß werden. Die fundamentale Bedeutung von
10 Bildung als „letzte Ressource“ unseres Landes wird regelmäßig beschworen. Aber auch jetzt in
11 der Pandemie zeigt sich eine aufklaffende Schere zwischen Worten und Taten beim Thema
12 Bildung. Diese politische Gemütlichkeit ist nicht hinnehmbar, wenn es um die individuellen
13 Chancen der Kinder und Jugendlichen geht, denn genau diese leiden unter dem Nicht-Handeln.
14 Die zu behandelnden Probleme sind offensichtlich: Digitalisierung, Gebäudezustand,
15 Lehrermangel, Klassengröße und Unterrichtsversorgung bereiten Schülern, Lehrern und Eltern
16 zu Recht größte Sorgen. Ein System, in dem die Mängel stärker zu wiegen drohen, als die
17 Vorteile, wird in Zukunft wenig Vertrauen genießen und ein Bildungssystem, das wenig
18 Vertrauen genießt, führt unweigerlich dazu, dass Chancen abhängig werden von der Geldbörse
19 der Eltern. Das steht fundamental entgegen unserem Ideal von Chancengerechtigkeit. Die
20 bildungspolitische Debatte drehte sich in den letzten Monaten hauptsächlich um den
21 diesjährigen Abschlussjahrgang. Der nächste Abschlussjahrgang wird allerdings vor weitaus
22 größeren Herausforderungen stehen, denn er hat einen großen Teil des abschlussrelevanten
23 Unterrichtsstoffs verpasst. Für diesen Abschlussjahrgang müssen jetzt konkret Maßnahmen
24 erfolgen, um seinen Schülerinnen und Schülern in der Zukunft gerechte Chancen zu ermöglichen.
25 Als Schüler Union haben wir den unbedingten Anspruch, eine laute Lobby für Azubis und Schüler
26 zu sein und genau dafür inhaltlich tiefgreifende Forderungen und Anregungen zur Debatte zu
27 stellen. In dieser Zeit reicht es nicht aus, für die Senioren im Dorf einkaufen zu gehen oder die
28 Infektionszahlen zu kommentieren, sondern es müssen fundamentale Weichenstellungen
29 vollzogen werden. Dabei hat die Bildung mindestens eine wesentlich höhere Priorität verdient,
30 als ihr gegenwärtig eingeräumt wird.

31

32 1. Digitalisierung (Hardware/ Software/ Lehrerkompetenzen)

33

34 Digitalisierung ist noch immer ein Spatenbegriff, den man viel zu häufig als einzelnen
35 Themenkomplex bespricht, losgelöst von allen anderen Sektoren. Das trifft auf die Politik
36 zu, aber auch auf unsere Schulen. Wir wissen längst, dass die infrastrukturelle Ausstattung
37 unserer Schulen nicht mehr „State of the Art“ ist und dass uns unser Digitalisierungsdefizit
38 mittlerweile sogar in unseren Bildungsmöglichkeiten einschränkt.

39 Das größte Argument für einen Sprung in der Technisierung und Digitalisierung unseres
40 Bildungssystems ist der eklatante Lehrermangel. Der Lock-Down hat deutlich gemacht,
41 dass Lernen ohne Lehrer, bzw. mit einem Mangel an Lehrkräften möglich ist – und das
42 Corona-Lernen war nur ein ungeplanter Zustand, in dem viel improvisiert wurde. Unter
43 besseren Bedingungen also scheint es mittlerweile nicht mehr undenkbar, Schülern mehr
44 Eigenverantwortung zuzumuten oder sogar beizubringen. Die Voraussetzungen dafür sind
45 aber weitestgehend nicht gegeben und schon gar nicht ideal. WLAN an allen deutschen
46 Schulen, auch für Schüler, ist für uns selbstverständlich und muss Standard sein.

47 Das größte Problem am eigenständigen Lernen, besonders wenn es von zu Hause geschieht,
48 sind die deutlich werdenden Unterschiede in den Haushalten. Wenn man individuelle und
49 digitale Bildung möchte, muss jedem Schüler ein gleichwertiger Zugang zu dieser
50 ermöglicht werden, das ist Bedingung zur Einhaltung unseres Versprechens von
51 Chancengerechtigkeit. Das heißt für uns nicht, dass jedem Schüler ein Endgerät zur
52 Verfügung gestellt werden muss, sondern es heißt, dass denen ein Endgerät zur Verfügung
53 gestellt werden muss, die keines haben. In dieser Frage braucht es Pragmatismus, um
54 effizient zu sein.

55 Ein weiterer Gerechtigkeitsfaktor ist der Zugang zu Lerninhalten. Während der letzten
56 Monate hat sich ergeben, dass Schüler innerhalb eines Bundeslandes völlig
57 unterschiedlichen Zugang zu Aufgabenstellungen und Texten hatten, was zu einem
58 erheblichen Teil auch mit der Unterrichtsvorbereitung der Lehrkräfte zutun hatte.
59 Mindestens innerhalb eines Bundeslandes sollte es eine gemeinsame Lernplattform mit
60 Pools aus Inhalten und Aufgaben geben, auf die jeder Schüler Zugriff hat. Solche
61 Plattformen könnte man auch erweitert nutzen, um zum Beispiel gemeinsame
62 Zielsetzungen für Klassenverbände zu formulieren, gemeinsame Projekte miteinander zu
63 teilen oder auch Feedback zu Unterrichtseinheiten zu geben, sowohl von Schülerseite als
64 auch von Lehrerseite aus.

65 Aus Gründen der Umweltverträglichkeit fordern wir außerdem eine weitestgehend
66 papierfreie Schule, besonders bei Lerninhalten und Literatur. Für das händische Schreiben
67 setzen wir uns weiterhin ein. Um die Qualität der Lehre sicherzustellen, fordern wir die
68 Einführung des „Digital-Check“ für Lehrer, die in dem Fach „IT.Plus“ unterrichten. Es ist hier
69 wichtiger als in vielen anderen Fächern, ständig auf dem aktuellen Stand der Dinge zu
70 bleiben. Ein Modell, bei dem innerhalb eines bestimmten Zeitraums eine gewisse Zeit für
71 Fort- und Weiterbildung (analog wie digital) aufgewendet werden muss, ist in unseren
72 Augen am sinnvollsten. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung soll hierzu
73 Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen prüfen, damit auch der „Blick über den
74 Tellerrand“ gewährleistet werden kann, der hier unumgänglich ist.

75

76 **2. Abschlussjahrgang 2021**

77 Der Abschlussjahrgang 2021 ist der eigentliche Coronajahrgang. Die Schüler und Azubis
78 dieses Jahrgangs stehen vor der großen Herausforderung, den verpassten Stoff der
79 vergangenen Monate nachzuholen, parallel zum normalen Stoff. Dieser Jahrgang braucht
80 einen Notfallplan. Es muss oberste Priorität haben, dass jene Schüler und Azubis im
81 kommenden Jahr zu einem erfolgreichen Schulabschluss kommen. Zur harten Realität
82 dieses Ziels gehört, dass man Abstriche machen muss, an mehreren Stellen. Wenn drei
83 Monate verloren sind, muss neue Zeit geschaffen werden und Prioritäten müssen anders
84 gesetzt werden. Viel entscheidender, als das Stattfinden der Feiern, ist für diesen Jahrgang,
85 dass seine Absolventen nächstes Jahr überhaupt die Schule abschließen. als dieses Jahr ein
86 paar Ferienwochen mehr oder weniger zu haben. Wer allerdings bereits Urlaubsplanungen
87 hat, darf von dieser Maßnahme keinen Nachteil haben. Das heißt, man braucht eine flexible
88 Lösung. Wir fordern daher, dass es ein Unterrichtsangebot aus digitalen und analogen
89 Elementen für die letzten Ferienwochen gibt. Die Schüler und Azubis des
90 Abschlussjahrgangs müssen in dieser Zeit an einer Mindestzahl an Stunden teilnehmen
91 bzw. ein Mindestmaß an Aufgaben erfüllen. Wir als Schüler wissen, dass in besonderen
92 Situationen, gerade während der Ferienzeit, die Erholung oft höher priorisiert wird, als der
93 aktuelle Unterrichtsinhalt. Wir wissen aber auch, dass dieser Unterrichtsinhalt im Kontext
94 des Abschlusses wichtiger ist als kurzfristige Erholung. Daher kann dieses Angebot nicht
95 ausschließlich freiwillig sein.

96 Zur Wahrheit gehört auch, dass nicht mehr alle Fächer die alte Priorität genießen können.
97 Die Fächer, die nicht Bestandteil der Abiturprüfungen sind, sollen einen geringeren Anteil
98 an der Gesamtnote erhalten, da die höhere Priorität die abschlussrelevanten Fächer

99 genießen müssen. Die Schüler in diesem Jahrgang sind zu einer großen Kraftanstrengung
100 genötigt, die Lehrer wiederum zu einer solchen gefordert. Wir erwarten, dass die
101 Kultusministerien der Länder und die Lehrerschaft alles mögliche unternehmen, es den
102 Schülern und Auszubildenden dieses Jahrgangs so leicht wie möglich zu machen.

103

104 **3. Hilfe für Auszubildende**

105 Gerade die ca. 200.000 Berufsschüler in Deutschland befinden sich in einer für sie
106 zukunftsweisenden Phase ihres beruflichen Lebens. Das Fundament einer erfolgreichen
107 Berufsausbildung bildet sowohl der praktische Teil im Betrieb, als auch die theoretische
108 Ausbildung in einer der bundesweiten Berufsschulstandorten. Aufgrund der Tatsache, dass
109 in der momentanen Ausnahmesituation natürlich auch eine Schließung der beruflichen
110 Schulen unabdingbar war und teilweise ist, entstehen jedoch auch hier Benachteiligungen
111 für die deutschen Berufsschülerinnen und Schüler. Für Schüler soll kein Nachteil durch die
112 Corona-Krise entstehen. Auch Berufsschüler, die ihren Unterricht in Blöcken absolvieren,
113 brauchen Klarheit. Im Lockdown fielen/fallen massenweise Blöcke teilweise oder komplett
114 aus, die nicht nachgeholt werden können. Die Inhalte dieser Blöcke und Unterrichtsphasen
115 können nur im Eigenstudium aufgeholt werden. Neben dem schulischen und theoretischen
116 Faktor, darf aber auch der praktische und betriebliche Teil der Berufsausbildung nicht
117 vernachlässigt werden. Erfahrungsgemäß stellt es die Berufsschüler außerdem unter einen
118 enormen Druck, nicht zu wissen, ob ihr Ausbildungsbetrieb weiterhin eine Anstellung
119 aufgrund von Covid-19 sicherstellen kann.

120 Einheitliche, flächendeckende und zukunftsorientierte Lösungen sind jetzt gefragt. Die
121 Schüler Union Deutschlands sieht es aber nicht als Lösung an, Berufsschüler in einem
122 Eigenstudium während einer fundamentalen Zeit ihres Berufslebens alleine zu lassen.

123

124 Wir fordern, für folgende Probleme Lösungsansätze zu entwickeln und durchzusetzen:

- 125 ● Es darf keine Benotung der aktuellen und abgeschlossenen Blockphasen, während
126 des Lockdowns an deutschen Berufsschulen stattfinden
- 127 ● Die Zwischen- und Abschlussprüfungen müssen an die vermittelten Lehrinhalte
128 während des Corona-Lockdowns, sofern möglich, angepasst werden.
- 129 ● Einheitliche Anordnungen der einzelnen Bundesländer, keine individuelle
130 Kompromisslösung.

- 131 • In gleichem Zuge ist es unerlässlich, den ausgefallenen Block dennoch allen
132 Berufsschülern anzurechnen, allerdings das Zeugnis nicht formal mit einer Note zu
133 versehen, um somit entstehenden Nachteilen der betroffenen Schüler Abhilfe zu
134 schaffen
- 135 • Jedem Berufsschüler soll der Abschluss der Ausbildung ermöglicht werden.

136

137 **4. Bürokratieabbau bei Schulsanierung (Konjunkturprogramm)**

138 Seit Jahren schon werden die infrastrukturellen Missstände an deutschen Schulen von allen
139 Parteien exemplarisch für verfehlte Investitionspolitik und leichtfertige Prioritätensetzung
140 genannt, denn dienen als leichtgemachter Punkt in Wahlkämpfen und Aufhänger für
141 Skandalisierung. Diese Missstände sind ein Skandal, jedoch ist der viel größere Skandal ihre
142 dauerhafte Duldung durch Entscheidungsträger. Bei der Frage, wie eine Schule digital
143 ausgestattet ist oder in welchem Zustand sich ihre Sanitäreinrichtungen befinden, ist Geld ein
144 entscheidender Faktor, aber Geld allein reicht nicht. Trotz "Digitalpakt Schule" und großer
145 Fördervolumina für Sanitärmodernisierung existieren genannte Missstände, denn ein
146 entscheidender Teil des Problems ist einmal mehr die Bürokratie. Das lässt sich am Beispiel
147 des Digitalpaktes veranschaulichen: Von 3,5 Milliarden Euro, die in dieser Legislaturperiode
148 über den Digitalpakt Schule zur Verfügung stehen, waren im April erst ca 37 Millionen Euro
149 abgerufen worden. Einer der Gründe dafür ist der vorgeschriebene "kommunale
150 Eigenanteil" von einem Drittel der Kosten, die bei den Digitalprojekten entstehen. Es ist
151 absurd, dass genannte Summen unberührt bleiben und die Bildung unserer Kinder leidet,
152 weil Kommunen einen Eigenanteil finanzieren müssen. Wir fordern, dass der Kommunale
153 Eigenanteil der Finanzierung entfällt, sodass der Digitalpakt Schule auch den
154 finanzschwächeren Kommunen zu Gute kommt.

155 Wir fordern des Weiteren den Ausbau staatlicher Planungshilfe für Bildungsinfrastruktur,
156 damit die Planung neuer Investitionen nicht an den Schulen allein hängt. Außerdem fordern
157 wir Pflichtgutachten über die baulichen und infrastrukturellen Missstände an deutschen
158 Schulen, sowie eine Investitionspflicht für Bildungsinfrastrukturprojekte. Es kann nicht
159 sein, dass bereitstehendes Geld nicht genutzt wird, wenn gleichzeitig Schüler konkret unter
160 den Umständen in ihren Bildungseinrichtungen leiden.

161

162

163

164

165 5. Individuelle Sofortmaßnahmen

166 Über die notwendigen, umfassenden Maßnahmen im Bereich der Schulinfrastruktur und
167 der Digitalisierung und die wichtigen Hilfen für Abschlussjahrgänge und Auszubildende
168 hinaus, möchten wir auch die vielen kleineren „Sofortmaßnahmen“ zur Bekämpfung der
169 Auswirkungen der Pandemie, die an einigen Schulen problemlos unmittelbar und schnell
170 durchgeführt werden können, hier nicht unerwähnt lassen. Wir fordern insbesondere, dass
171 den Schulen im Ausnahmezustand ein angemessener rechtlicher und politischer Spielraum
172 gewährt wird, damit sie individuell - entsprechend ihrer Möglichkeiten - auf die Krise
173 reagieren können. In einer Ausnahmesituation wie der „Corona-Krise“, sind wir der
174 Meinung, dass überall dort, wo den Auswirkungen der Pandemie auf das Bildungssystem
175 durch individuelle Maßnahmen wirksam entgegengewirkt werden kann, eine Abweichung
176 von landesweiten oder bundesweiten Regelungen möglich sein muss:

177 Beispielsweise muss es Schulen, denen ausreichend Platz zur Verfügung steht, möglich sein,
178 Unterricht unter freiem Himmel, auch mit größeren Gruppen, durchzuführen. Ebenso
179 müssen die einzelnen Bereiche der öffentlichen Verwaltung zukünftig enger
180 zusammenarbeiten, sodass für den Schulunterricht oder zumindest für wichtige Prüfungen
181 andere öffentliche Räumlichkeiten wie Rathaussäle, Konzertsäle und Sporthallen, welche
182 durch die Eindämmungsmaßnahmen ohnehin leer blieben, benutzt werden können. Überall
183 dort, wo es noch keine, eigens für den Schulunterricht entwickelte
184 Kommunikationsplattformen gibt, halten wir es für richtig, dass herkömmliche und viel
185 genutzte Kurznachrichtendienste, wie WhatsApp, für die Kommunikation zwischen Lehrern
186 und Schülern verwendet werden dürfen. Wir sind der Meinung, dass hier die rechtlichen
187 Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um die Kommunikation z.B. via WhatsApp in
188 Ausnahmesituationen zu ermöglichen. Außerdem fordern wir die aktive Umsetzung und
189 Einrichtung von ausreichendem WLAN an allen deutschen Schulen bis Ende 2020 durch die
190 zuständigen Schulträger.

191 Gleichzeitig sehen wir einzelne Schulen und deren Verwaltung dort in der Pflicht selbst
192 tätig zu werden, wo sie vorherrschenden Standards nicht gerecht werden. Beispielsweise
193 bei den Hygienebedingungen der Schultoiletten. Hier gab es schon vor Corona stellenweise
194 große Defizite, die nun aber im Zusammenhang der Pandemiebekämpfung eine neue
195 Qualität erreichen. Wir fordern, dass die aktuelle Situation zum Anlass genommen wird,
196 endlich an allen Schulen in Deutschland dauerhaft hohe Hygienestandards einzuhalten. Die
197 Schulverwaltungen der Gemeinden, beziehungsweise Bezirke, müssen die notwendigen

198 Maßnahmen ergreifen, dass sämtliche Schultoiletten mit ausreichend Seife und
199 Desinfektionsmittel ausgestattet sind und regelmäßig instandgehalten und gereinigt
200 werden.

201

202 **6. Bekämpfung von Fake News und Verschwörungstheorien**

203 Neben den großen Defiziten in der Digitalisierung des Bildungswesens und der Anfälligkeit
204 unseres Gesundheitswesens und unserer Volkswirtschaft, offenbarte die „Corona-Krise“
205 eine weitere Fragilität unserer Gesellschaft: Die enorme Sprengkraft hinter Falschaussagen,
206 manipulativ verbreiteten, vorgetäuschten Nachrichten und sogenannten
207 Verschwörungstheorien, die bei abertausenden Menschen in diesem Land auf Wohlwollen
208 und Zustimmung treffen. So haben in den letzten Monaten erschreckend viele Deutsche
209 ihrem Ärger auf der Straße freien Lauf gelassen – Ärger und Wut gegen die Staatsgewalt
210 und die intensiven Eingriffe in unsere Grundrechte, aber eben auch gegen eine geplante
211 und aufziehende neue Weltordnung, die von Satan besessene Bundeskanzlerin oder eine
212 vermeintliche „Zwangsimpfung“ und Überwachung durch den „dreckigen Lügner und
213 Psychopathen“ Bill Gates. Zahlreiche Menschen fressen selbsterklärten Propheten aus dem
214 Internet, wie Attila Hildmann, Xavier Naidoo oder Ken Jebsen förmlich aus der Hand. Und
215 das alles ist - spätestens seit der Mondlandung und dem 11. September 2001 - nichts Neues.
216 Dennoch wird uns die Gefährlichkeit hinter diesen, für die meisten als lächerlich
217 erscheinenden „Spinnereien“, in diesen Monaten besonders deutlich vor Augen geführt.
218 Neben konkreten Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung und den Infektionsschutz,
219 die durch derartige Massendemonstrationen verschärft werden, sorgen
220 Verschwörungstheorien und sogenannte „Fake News“ abstrakt und beinahe unbemerkt
221 dafür, dass die Grenzen zwischen wahren und erfundenen Tatsachen mehr und mehr
222 zerfließen.

223 Damit wir als Gesellschaft diesen Auswirkungen effektiv entgegenreten können, muss sich
224 unser Bildungssystem immer wieder aufs Neue auf seine Kernkompetenz besinnen. Diese
225 besteht darin, Schülerinnen und Schüler zu weltoffenen und vor allem kritischen jungen
226 Menschen zu schulen, die Unwahrheiten erkennen und wenn sie darauf stoßen, aber auch
227 all denjenigen entschlossen entgegenreten, die sie verbreiten. Wir fordern daher, dass
228 dieses Bewusstsein bereits in der Schule noch besser geschärft wird und die Vermittlung
229 von Medienkompetenzen flächendeckend und in allen Schularten zu festen Bestandteilen
230 einer Schulausbildung wird. Selbstverständlich hat jeder das Recht seine eigene Meinung

231 zu bilden und zu verbreiten; dem Staat werden hierbei – zu Recht – klare
232 verfassungsrechtliche Grenzen gesetzt, wenn es um die Einschränkung der
233 Meinungsfreiheit oder gar um Zensur geht. Daher muss sich jeder Einzelne in der Pflicht
234 sehen, seine Mitmenschen aus ihren Blasen zu holen und Falschaussagen oder
235 Verschwörungstheorien entgegenzutreten, überall dort, wo diese vor allem dazu geeignet
236 sind, gesellschaftlichen Unfrieden zu stiften und unsere verfassungsmäßige Grundordnung
237 in Gefahr zu bringen.